



NEWSLETTER 09/2023

# FORUM | MIGRATION



© tommas079 - 123rf.com

## Arm trotz Arbeit

**Ein Drittel der vollzeitbeschäftigten Ausländer\_innen bekommen nur einen Niedriglohn. Dieser Anteil ist doppelt so hoch wie bei deutschen Staatsbürger\_innen. Das zeigen neue Daten der Bundesagentur für Arbeit. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) hat die Gründe untersucht: Eine „fehleranfällige behördlich-institutionelle Praxis“ und eingeschränkte Möglichkeiten des Zugangs zu Arbeitsgerichten und Interessenvertretungen erschweren den Zugang zu verbrieften Rechten, so der SVR. Außerdem umgehen Arbeitgebende geltendes Recht und Schutzbestimmungen für Arbeitskräfte zum Teil systematisch.**

Als Niedriglohnschwelle gilt zwei Drittel des so genannten Medianentgelts. 2022 lag dieser Wert bei 12,76 Euro brutto je Stunde. Etwa 15 % der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiteten im Oktober 2022 im Niedriglohnssektor – aber 32,2 % der Ausländer\_innen. Dem SVR zufolge sind die Vermittlung von Arbeitskräften über Personalagenturen in den deutschen Niedriglohnssektor und die Beschäftigung „am Ende einer Subunternehmerkette“ wichtige Faktoren dafür. „Ich war jetzt auf einer Baustelle bei einem berühmten Bahnstufensneubau

irgendwo in Südwestdeutschland“, zitiert die Studie einen Vertreter eines Arbeitgeberverbandes: „Da haben wir da gefragt: ‚Wie viele gewerbliche Arbeitnehmer sind denn von Ihnen auf der Baustelle?‘ Und die Antwort lautete: ‚Kein einziger. Das machen wir alles über Subunternehmen.‘“ Die Verwundbarkeit solcher Beschäftigungsverhältnisse werde „zum Teil gezielt ausgenutzt“, so der SVR. Die Folge seien geringe Entlohnung, die nicht zur Existenzsicherung reicht, instabile Beschäftigungsverhältnisse und eine hohe Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit. Die Arbeitskräfte fänden sich häufig in einem „Teufelskreis von prekärer Beschäftigung, Leistungsausschlüssen und prekärer Teilhabe“. Der Niedriglohnbereich sei „oftmals eher eine Prekari-tätsfalle als ein Sprungbrett“. Der DGB fordert deshalb unter anderem, dass Arbeitgebende Werkverträge nicht mehr missbräuchlich nutzen können dürfen und dass Einwandernde mehr Sicherheit bei ihrem Recht bekommen, in Deutschland zu bleiben – auch dann, wenn es zu Konflikten mit dem Arbeitgeber kommt.

 Stellungnahme des DGB: <https://tinyurl.com/3tn65wm7>  
 SVR-Studie „Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe. Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnssektor“:  
<https://shorturl.at/pvJM8>

### INHALT 09/2023

Arm trotz Arbeit .....	1
<b>Gräfenhausen:</b>	
LKW-Fahrer protestieren weiter .....	2
Deutschland wirbt ab .....	2
Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen .....	2
News + Termine .....	3
<b>Seenotrettung: Kein Pull-Faktor – Kommentar von Ramona Rischke und Alejandra Rodriguez-Sánchez .....</b>	<b>4</b>



## Gräfenhausen: LKW-Fahrer protestieren weiter

**Rund 150 LKW-Fahrer\_innen setzten auch im August ihre Proteste an einer hessischen Raststätte fort. Sie werfen ihrem polnischen Spediteur Lohnbetrug vor. Der geht mit juristischen Mitteln gegen sie vor.**

Nach den aufsehen erregenden Protesten im April sammelten sich ab Mitte Juli erneut rund 150 Fahrer, vor allem aus Georgien, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan an einer Raststätte an der A5 im südhessischen Gräfenhausen. Alle fahren für die Unternehmensgruppe Mazur auf deutschen Autobahnen. Die Männer gaben an, seit fünf Monaten keinen Lohn, sondern allenfalls Essenzuschüsse erhalten zu haben. Der Eigentümer der polnischen Speditionsfirma erstattete Anfang August Strafanzeige. „Im Rahmen der Anzeige wird neben anderen Delikten auch der Vorwurf der Erpressung erhoben“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Darmstadt. „Ob und inwieweit die erhobenen Vorwürfe zutreffen und wie der Sachverhalt rechtlich zu bewerten sein wird, ist Gegenstand der Ermittlungen.“

Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen nannte die Anzeige eine „bodenlose Frechheit“. Sie

sei „der Versuch, die Opfer zu Tätern zu machen. Wenn sich jemand etwas zu Schulden kommen lässt, dann ist es Mazur selbst. Er soll den Fahrern endlich das ihnen zustehende Geld zahlen. Das ist der Weg“. Statt sich mit den Problemen in seinem Geschäftsmodell zu beschäftigen und die Fahrer für ihre Arbeit angemessen zu bezahlen, versuche Mazur die Fahrer in Gräfenhausen nun zu kriminalisieren, ihnen die Lkw und damit ihre Unterkunftsöglichkeiten wegzunehmen und sie loszuwerden, so Rudolph.

„Gewerkschaften, Kirchen und Beratungsstellen unterstützen die Fahrer, soweit das möglich ist“, sagte Dominique John, der Leiter des Beratungsnetzwerks Faire Mobilität. Auf der anderen Seite stehen ein „zutiefst unseriöser Arbeitgeber und verschiedene Auftraggeber in einer Lieferkette, die sich weigern Verantwortung zu übernehmen. Dieses Geschäftsmodell basiert auf Ausbeutung und muss beendet werden“.

Schon seit Jahren berichteten Fahrer unterschiedlicher Herkunft, wie sie in Abhängigkeitsverhältnisse gedrängt werden, sagte Anna Weirich von der Beratungsstelle Faire Mobilität. „Die schlimmsten Ausbeutungsfälle

beobachten wir bei Fahrern aus Drittstaaten, denn ihr Aufenthalt hängt am Arbeitsverhältnis. Wir sprechen hier von einer doppelten Abhängigkeit.“ Als im April in Gräfenhausen rund 60 Fahrer derselben Spedition protestiert hatten, konnten sie nach sechs Wochen ihre Forderungen durchsetzen. Ihre Aktion lenkte stärkere Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen im internationalen Gütertransport.

„Die Unternehmen, die den Gütertransport beauftragen, haben eine Verantwortung für alle Beteiligten der Lieferkette“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Politik und Kontrollbehörden nähmen ihre Verantwortung nicht ausreichend wahr, indem „mangels schützender Gesetze und viel zu geringen Kontrolllichten hingenommen wird, dass der Straßengütertransport in Deutschland tausendfach pro Tag illegal abläuft“, so Kocsis. Der Straßengütertransport müsse so organisiert werden, dass Menschen nicht ausgebeutet werden. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sehe dies bislang nur für Unternehmen ab 3.000 Beschäftigten vor. „Eine Ausweitung, auch auf kleinere Unternehmen, muss schnell folgen, da ohne gesetzliche Regelung offenbar kein Einsehen in der Wirtschaft besteht“, so Kocsis.

## Deutschland wirbt ab

**Wie angekündigt verlängerte die Ampel im Juni die so genannte Westbalkan-Regelung: Künftig müssen Zuwanderungswillige keine formale Qualifikation mehr nachweisen. Die Unternehmen können selbst entscheiden, ob Qualifikation oder Berufserfahrung von Bewerber\_innen ausreichen. Statt bisher 25.000 können nun jährlich 50.000 Arbeitskräfte auf Grundlage der Regelung nach Deutschland kommen. Doch weil auch dies nicht reicht, um den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, setzen Politik und Wirtschaft verstärkt auf die aktive Abwerbung von Fachkräften im Ausland.**

Im Juni flog Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nach Brasilien, um mit der dortigen Regierung eine Absichtserklärung für „faire Einwanderung“ zu unterzeichnen.

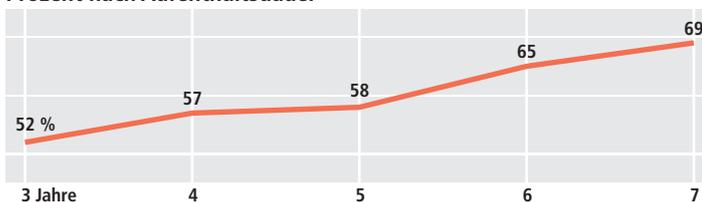
Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hält auf dieser Grundlage die Anwerbung von bis zu 700 Pflegekräften pro Jahr für möglich. Ende Juli flog Heil nach Indien, um IT-Spezialist\_innen anzuwerben. Kurz davor hatte der NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) die ersten zugewanderten Elektrofachkräfte des Pilotprojekts „Fachkräfte für NRW: Elektronikerinnen und Elektroniker aus Jordanien und Ägypten“ im Bildungszentrum der Handwerkskammer Münster begrüßt. Nachdem die Abwerbung nach Deutschland sich lange in sehr überschaubaren Größenordnungen bewegte, kommen nun immer mehr Qualifizierte im Rahmen solcher Programme ins Land. Bei einem Austausch mit ausländischen Pflegekräften an der Berliner Charité bekräftigten Heil und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Notwendigkeit der Anwerbung im Ausland. Schon jetzt gebe es einen großen Fachkräftemangel,

der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen werde, sagte Heil laut der DPA. „Wenn wir uns jetzt nicht kümmern, wird das Problem riesig groß.“ Dann könnten in Deutschland bis 2035 rund 7 Millionen Arbeits- und Fachkräfte fehlen. Sowohl im Inland als auch im Ausland müsse daher neues Personal gewonnen werden, ergänzte Habeck. Als Voraussetzung für eine „faire Einwanderung“ gilt dabei unter anderem, dass die Regierungen der Herkunftsländer zustimmen, um dort keine Versorgungslücken entstehen zu lassen. Der DGB lehnt es indes ab, durch „pauschal intensivierte Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland den Druck von den Unternehmen zu nehmen“, wie es in einer Stellungnahme heißt.

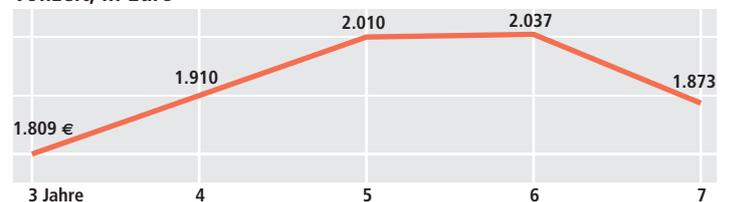
 Position des DGB zur Fachkräftestrategie:  
<https://tinyurl.com/ckb76w34>

## Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen

**Anteile Erwerbstätiger an Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter in Prozent nach Aufenthaltsdauer**



**Mittleres Bruttomonatsentgelt Geflüchteter nach Aufenthaltsdauer, Vollzeit, in Euro**





## News + Termine

### Überfälliges Bekenntnis:

#### DGB lobt Fachkräfte-Einwanderungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat im Juli die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes beschlossen. Es sieht vor, dass ausländische Fachkräfte leichter einreisen können – unter anderem über ein Punktesystem und die so genannte Chancenkarte. „Endlich bekennt sich Deutschland dazu, ein Einwanderungsland zu sein“, sagte dazu die DGB Vorsitzende Yasmin Fahimi. Es würden „vernünftigerweise Hürden abgebaut für Fachkräfte und Ausbildungswillige, die wir dringend brauchen“. Mit dem Spurwechsel für bereits hier lebende Zugewanderte gebe es „endlich mehr Fairness“. Klar sei aber auch, dass damit die Integrationsaufgabe unserer Gesellschaft nicht abgeschlossen sei, so Fahimi. „Behörden müssen viel unterstützender aktiv sein. Und unsere Gesellschaft darf Rassismus nicht als harmloses Gerede abtun.“ Es sei bekannt, dass unter anderem die Westbalkanregelung häufig zu Ausbeutung und prekären Lebensverhältnissen geführt habe. „Mit der zusätzlichen kurzzeitigen Kontingentierung und Saisonbeschäftigung ohne Sozialversicherungspflicht geht ein großes Risiko einher, dass sich das wiederholt.“ Um die getroffenen Sanktionen auch zur Wirkung kommen zu lassen, müssten umgehend wirksamere Kontrollen her, so die DGB Vorsitzende.

### Überfällige Modernisierung: Neue HBS-Studie zu Sozialversicherung und Entsendung

Die EU muss die soziale Absicherung grenzüberschreitend mobiler Beschäftigter sicherstellen. Doch bis heute gibt es kein einheitliches Sozialrecht. Stattdessen soll die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme garantieren, dass Sozialversicherungsansprüche wie Arbeitslosen-, Gesundheits- und Familienleistungen über Grenzen hinweg gelten. Das funktioniert aber nur sehr begrenzt – besonders missbrauchsanfällig ist der Sozialversicherungsschutz und der Austausch von Sozialdaten. In einer Studie hat die Hans-Böckler-Stiftung nun untersucht, welche Reformen nötig wären, um Sozialversicherungsdaten sicher und wirksam auszutauschen. Unter anderem sollte der Europäische Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) als Teil der Europäischen digitalen Identität (EUID) ausgestaltet und mit der so genannten A1-Bescheinigung verknüpft werden. Sowohl Arbeitnehmende wie auch Arbeitgebende müssten eindeutig identifizierbar sein, ebenso wie auftraggebende Unternehmen. Hierzu biete sich unter anderem die Europäische Sozialversicherungsnummer an.

 Stellungnahme des DGB: <https://tinyurl.com/ysypnu2e>

### Nur „Bevölkerungsberuhigung“:

#### GdP gegen mehr Grenzkontrollen

Die GdP hat die Forderung der Ministerpräsidenten aus Hessen und Bayern nach bundesweiten Grenzkontrollen klar abgelehnt. „Grenzkontrollen sind im Kern weiße Salbe zur Bevölkerungsberuhigung“, sagte GdP-Vize Sven Hüber der Bild am Sonntag. Stattdessen müsse „massiv“ gegen Schleuserbanden vorgegangen werden.

### GEW kritisiert EU-Asylreformen

Die GEW hat den Asylkompromiss der EU scharf kritisiert. „Die Abschottungspläne an den EU-Außengrenzen sind inhuman, sie unterhöhlen das Recht auf Asyl und missachten die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen“, sagte die GEW-Vorsitzende Maïke Finnen. Sie kritisierte insbesondere die geplanten Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen, bei denen Familien mit Kindern nicht ausgenommen worden seien. Geflüchtete in Lagern unterzubringen, um Asylverfahren zu beschleunigen und diese vermehrt zurückzuweisen, indem die Zahl der so genannten sicheren Drittstaaten erhöht wird, verkenne die Not der Flüchtenden und die besondere Schutzbedürftigkeit der Familien mit zum großen Teil traumatisierten Kindern. Dies solle abschrecken und die Push-Back-Praxis an den EU-Außengrenzen legitimieren. „Diese Politik wirkt Fluchtursachen nicht entgegen, begünstigt vielmehr das Schleppersystem auf unsicheren Fluchtrouten“, sagte Finnen.

 Stellungnahme der GEW: <https://tinyurl.com/ypfe8c2e>

### Migrationsabkommen:

#### Verhandlungen mit sechs Staaten

Die Bundesregierung verhandelt mit mindestens sechs Staaten über neue Abkommen zur Steuerung von Migration. „Genannt werden können aktuell Gespräche in Georgien, Moldau, Usbekistan, Kirgisistan sowie Vorbereitungen für Gespräche in Kenia und Marokko“, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums Mitte August dem Tagesspiegel. Georgien und Moldau hätten „Priorität, weil wir hier sofort irreguläre Migration reduzieren könnten und sich beide Länder Partnerschaften wünschen“, so der Sonderbevollmächtigte für die Migrationsabkommen, der FDP-ler Joachim Stamp. Zehn Prozent der abgelehnten Asylanträge kommen aus diesen beiden Ländern. In der Vergangenheit hatte Deutschland ähnliche Abkommen, die teils auch Erleichterung für die Zuwanderung von Fachkräften bringen sollten, mit über einem Dutzend Staaten abgeschlossen.

### ETUC veröffentlicht Globalen Rechteindex

Der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC bewertet jährlich Länder anhand ihrer Einhaltung kollektiver Arbeitnehmerrechte. Die jüngste Auswertung zeigt: in jeder Region der Welt hatte die globale Lebenshaltungskostenkrise Rechtsverletzungen als Folge. Unter anderem verletzten neun von zehn Ländern das Streikrecht – neben Togo oder Iran wurden auch in Spanien oder Kanada Beschäftigte aufgrund von Streiks strafrechtlich belangt oder entlassen. In 44 Ländern waren Arbeitnehmer\_innen Gewalt ausgesetzt. Als schlimmste Länder für Erwerbstätige gelten unter anderem Ägypten und Bangladesch aufgrund repressiver Gesetze und Hindernisse bei Gewerkschaftsgründungen.

 [www.globalrightsindex.org/de/2023](https://www.globalrightsindex.org/de/2023)

### Mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Seit Anfang 2022 werden immer häufiger Flüchtlingsunterkünfte aus politischen Gründen angegriffen. Die Zahl der Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätlichen Angriffe nahm kontinuierlich zu. Das sagte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion. Im ersten Halbjahr 2023 sind demnach 80 politisch motivierte Straftaten bekannt geworden. Davon seien 74 Straftaten mutmaßlich rechten Tatverdächtigen zuzuordnen, die übrigen ordnete die Polizei den Bereichen „religiöse Ideologie“ oder „ausländische Ideologie“ zu. Im ersten Halbjahr 2022 hatte die Polizei 52 politisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert. Allein im zweiten Quartal 2023 wurden bei den verübten Straftaten insgesamt 39 Personen verletzt, darunter vier Kinder. „Es ist alarmierend, dass Menschen, die hier Schutz suchen, so häufig Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung erfahren“, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Clara Bünger. Sie warf AfD, CDU und CSU vor, mit „verbalen Angriffen auf das Recht auf Asyl“ den Boden für „rassistische Mobilisierungen“ gegen Geflüchtete zu bereiten.

### SVR Integrationsmonitor Kita

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) hat Maßnahmen gegen die anhaltende Benachteiligung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte gefordert. „Kinder, die erst kurz vor der Einschulung systematisch mit der deutschen Sprache vertraut gemacht werden, haben bei Schulbeginn nicht dieselben Startchancen wie andere Kinder“, sagte Mohini Lokhande, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim SVR. Familien mit Zuwanderungsgeschichte würden teils von den Kitas bei der Platzvergabe benachteiligt. „Hinzukommt: Sozial benachteiligte Eltern, zu denen in Deutschland weiterhin überproportional viele Familien mit Migrationshintergrund gehören, stehen vor dem Problem, dass sie die Kosten für einen Kitaplatz oft nicht aufbringen können und die Formalitäten zur Beantragung kompliziert erscheinen.“ Der SVR präsentierte im August den neuen „Integrationsmonitor Kita“. Zehn Jahre zuvor – am 1. August 2013 – wurde der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder nach vollendetem ersten Lebensjahr eingeführt. Seitdem habe sich viel beim Ausbau, der Förderung und Sprachbildung für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte getan, so der SVR. „Die Richtung stimmt grundsätzlich, aber die hohen Investitionen kommen nicht in ausreichendem Maß bei diesen Kindern an“, heißt es in dem Bericht. „Damit die Kita zum Integrationsmotor wird, muss an vielen Stellen noch umgesteuert werden.“ Lokhande forderte, die Nachteile im Zugang abzubauen. „Solange das bestehende Angebot aber hinter den Bedarfen zurücksteht, könnte überlegt werden, ob die Sprachdiagnostik frühzeitiger stattfindet und Kindern mit Sprachförderbedarf dezidiert eine Förderung in einer Kita angeboten wird.“

 SVR-Integrationsmonitor Kita: <https://tinyurl.com/5y4e98de>



# Seenotrettung: Kein Pull-Faktor

Fotos: links: Ramona Rischke; © privat – rechts: Alejandra Rodríguez-Sánchez; © privat



## Kommentar von Ramona Rischke und Alejandra Rodríguez-Sánchez

Trotz anhaltender politischer Bekundungen auf deutscher und europäischer Ebene, der gesetzlichen Verpflichtung zur Seenotrettung nachzukommen, zeigt sich am Beispiel des Mittelmeerraums nach wie vor eine Politik des systematischen Nicht- bzw. Zu-Spät-Eingreifens staatlicher Akteure sowie der systematischen Behinderung und Kriminalisierung ziviler Seenotrettung. Der These, die Seenotrettung übe einen „Anziehungseffekt“, einen so genannten Pull-Faktor auf Migrant\_innen aus, die sich in Erwartung der Rettung in größeren Zahlen entscheiden, diesen irregulären und hochriskanten Seeweg über das Mittelmeer zu nehmen, wird bei den restriktiven Migrationspolitiken der vergangenen Jahre eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Dabei unterliegt Migration, einschließlich Flucht, komplexen Entscheidungsprozessen. Die Wirkung einer bestimmten Maßnahme – etwa der Seenotrettung – empirisch zu bestimmen ist methodisch herausfordernd. Er erfordert den Vergleich eingetretener Ereignisse – etwa die Zahl der Überfahrten unter den gegebenen Umständen der Seenotrettung – mit nicht eingetretenen Ereignissen – etwa der Zahl der Überfahrten bei Ausbleiben der Seenotrettung.

Der Fokus unserer Forschung lag darauf, innovative Analyseverfahren zu nutzen („Machine Learning“), um die Wirkung von Seenotrettung auf die Gesamtzahl der versuchten Überfahrten stichhaltig zu bestimmen. Es ging dabei nicht um individuelle Entscheidungsprozesse einzelner Migrant\_innen oder Schlepper, sondern um die Wirkung von Seenotrettung auf das maritime Migrationsgeschehen insgesamt. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Seenotrettung im Mittelmeer keinen kausalen Einfluss



auf die Zahl der versuchten Überfahrten hatte. Sie widerlegen damit die „Pull-Effekt-These“.

Anhand von Daten über die Anzahl der Überfahrtsversuche, der nach Tunesien und Libyen zurückgekehrten Boote und der dokumentierten Todesfälle von Migrant\_innen im Zeitraum zwischen 2011 und 2020 modellierte unsere Studie Veränderungen bei der Anzahl versuchter Überfahrten in Abhängigkeit von unterschiedlichen Phasen der staatlichen und zivilen Seenotrettung und vielen anderen Einflussfaktoren. Die Daten zu den Überfahrten wurden aus unterschiedlichen Datenquellen zusammengetragen, darunter Informationen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX), der tunesischen und libyschen Küstenwache, der Internationalen Organisation für Migration und UNITED for Intercultural Action. Anschließend Simulationen hatten zum Ziel, Faktoren zu ermitteln, die die im Beobachtungszeitraum dokumentierten Schwankungen in der Zahl der Grenzübertritte am besten vorhersagen.

Zu den bewerteten Faktoren gehörten die Zahl der staatlichen und privaten Such- und Rettungsaktionen, Wechselkurse, internationale Rohstoffpreise, Konflikte und Gewalt in unterschiedlichen Regionen, Arbeitslosenquoten, der Luftverkehr zwischen afrikanischen, nahöstlichen und europäischen Ländern sowie Wetterbedingungen. Wir stellen fest, dass die Zahl der Grenzübertritte auf dem Seeweg offenbar nicht von staatlich oder privat durchgeführten Such- und Rettungsaktionen beeinflusst wurde.

Sowohl die Zahl der Ankommenden über den Meerweg als auch die Zahl der Schiffsunglücke und der registrierten Todesfälle sind in letzter Zeit wieder gestiegen. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass Such- und Rettungsinsätze im zentralen Mittelmeer

in erster Linie Leben retten und keine Migration anziehen. Die Abschreckungsmaßnahmen der EU und der Partnerländer halten Menschen ganz offensichtlich nicht davon ab, zu versuchen, über gefährliche und irreguläre Routen in die EU zu gelangen. Die Abschottung erhöht jedoch ihre Risiken. Wissenschaftliche Studien über langfristige Trends der globalen Fluchtmigration bekräftigen, dass es vor allem sich ändernde Bedingungen und Konflikt dynamiken in Herkunftsländern sind, die das Ausmaß der internationalen Fluchtbewegungen beeinflusst, welche sich vor allem auf Länder außerhalb Europas erstrecken.

Das Mittelmeer wird zunehmend zum Sinnbild einer menschenfeindlichen Abschreckungspolitik, zu der das Narrativ des „Anziehungseffekts“ durch Seenotrettung beiträgt. Dieses übermäßig vereinfachte Narrativ hat sich in der Vergangenheit als sehr wirksam erwiesen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen und auf mehr Abschreckungspolitik zu setzen. Unsere Forschung legt nahe, dass es an der Zeit ist, mit diesem Narrativ Schluss zu machen.

 Studie im Magazin Nature: <https://t.ly/EA4Hm>

Dr. Ramona Rischke leitet das Projekt „Seenotrettung im Mittelmeer“ am DeZIM.

Dr. Alejandra Rodríguez Sánchez forscht an der Universität Potsdam.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Vierteljährlich

DGB Bildungswerk e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
[migration@dgb-bildungswerk.de](mailto:migration@dgb-bildungswerk.de)  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)